

Der Freisinn FDP

Nr. 5
Mai 1989
11. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Zum Disput zwischen Waldstrassenbau
und Landschaftsschutz

Einen Schritt weitergekommen

Zwischen den Interessen der Waldbesitzer und den Landschaftsschützern ist es in den letzten Jahren zu immer stärkeren Kontroversen gekommen. Mit diesem Thema hat sich – aus landschaftsschützerischer Sicht – auch FDP-Nationalrat Dr. Willy Loretan (Zofingen) auseinandergesetzt, der über einen Teilerfolg einer von ihm eingereichten Motion berichten kann:

In einer von 42 Ratsmitgliedern mitunterzeichneten Motion forderte ich mehr Rücksicht auf Landschaft und Natur beim Bau von Forststrassen. Mit meinem Vorstoss bezwecke ich nicht allein eine schonungsvollere – oft auch bescheidenere – Bauweise, sondern vor allem auch den Verzicht auf den Bau von lastwagengängigen Strassen in Wäldern, Waldteilen und Landschaften, wo überwiegende Interessen des Natur- und Heimatschutzes entgegenstehen oder wo es waldbaulich gar nicht nötig ist.

Die Auffassung, dass nur der gepflegte und erschlossene Wald in der Lage sei, Schutz- und Wohlfahrtsfunktionen auszuüben, hat zuweilen dogmatische Züge angenommen, was in der Praxis häufig dazu führt, dass mit Hilfe der reichlich fliessenden Subventionen Forststrassen ohne

vorausgehende, sorgfältige Interessenabwägung gebaut werden, d. h. auch dort, wo es gar nicht nötig wäre oder wo andere Erschliessungsmethoden angewendet werden könnten (Seilkrananlagen, massvoller Heli-Einsatz).

Teilerfolg

Die Antwort des Bundesrates auf meinen Vorstoss befriedigt mich nur teilweise. Die Landesregierung ist der Auffassung, dass die von mir verlangte Erstellung von Waldinventaren im Zusammenhang mit Natur- und Landschaftsschutz ausschliesslich den Kantonen zu überlassen sei, dies obschon der Bund in weitem Umfang als Subventionszahler auftritt. Immerhin ist sie bereit, die Forderung, wonach die Waldeigentümer ihre Wirtschaftspläne und ihre Erschliessungsplanungen auch auf die Waldinventare des Natur- und Landschaftsschutzes und auf entsprechende Zielsetzungen abzustimmen haben, als Postulat entgegenzunehmen. Dies verlangt von den Waldeigentümern eine verfeinerte, auf Standort und Bestand abgestimmte Bewirtschaftung und Pflege. Als eindeutiger Erfolg der bisherigen Bemühungen für eine bessere Berücksichtigung des

Landschaftsschutzes in der Landwirtschaft darf die Bereitschaft des Bundesrates verbucht werden, einzelne Punkte des Vorstosses als Motion entgegenzunehmen. Danach müssen die Entscheide über Erschliessung oder Nichterschliessung, Nutzung oder Nichtnutzung, Wahl der Erschliessungsart sowie der Nutzungsmethoden der jeweiligen Waldfunktion und den Schutzzielen angepasst werden.

Schritt in die richtige Richtung

Der bundesrätlichen Stellungnahme kann ferner entnommen werden, dass Verfügungen über generelle Erschliessungsprojekte den beschwerdeberechtigten Vereinigungen zur Kenntnis gebracht werden sollen und dass Forststrassen im Sinne des Raumplanungsgesetzes bewilligungspflichtig sind, sofern sie auch anderen als forstlichen Zwecken dienen und ausserhalb des Waldes eine Fortsetzung finden. Diese Einschränkung ist allerdings fragwürdig, aber nicht allzu gravierend, weil in aller Regel Forststrassen nicht nur aus waldpflegerischen Gründen erstellt werden! Hier gilt es in Zukunft anzusetzen, weil allzuoft sachfremde Motive hinter forstlichen Strassenerschliessungen verborgen sind; nur ein öffentliches Auflageverfahren kann Abhilfe schaffen. Der Bundesrat hat die Kantone in diesem Sinne zu orientieren!

Insgesamt darf die Antwort des Bundesrates als ein Schritt in die richtige Richtung bezeichnet werden. Nun ist zu hoffen, dass die Praxis der forstlichen Walderschliessung zurückhaltender gestaltet und, wo nötig, geändert wird. Dazu ist es allerdings höchste Zeit, denn Jahr für Jahr werden in der Schweiz zum Teil nach alten Planungen 200 bis 300 km neue Waldstrassen gebaut!

Kommentar zu den jüngsten kantonalen Wahlen

Nichts ist vollkommen – auch die FDP nicht

Mehrere Wahlen in kantonale Legislativen und Exekutiven sind in jüngster Zeit für die Freisinnigen mit negativen Überraschungen ausgegangen. Dazu ein Kommentar von FDP-Generalsekretär Christian Kauter:

Da hilft keine Schönfärberei: die jüngsten Wahlen in den Kantonen Aargau, Neuenburg und Solothurn endeten für uns Freisinnigen mit herben Enttäuschungen. Dass wir in Solothurn und im Aargau nach wie vor über die grössten Wähleranteile verfügen, kann uns bloss schwacher Trost sein: selbst kritische Realisten sind vom Ausmass der Verluste überrascht worden.

Der sogenannte Zeitgeist

Werfen wir einen Blick in die weite Welt: Liberales Gedankengut erlebt gegenwärtig im kommunistischen Osten einen Aufschwung wie nie zuvor in diesem Jahrhundert. Vor diesem Hintergrund müssen uns diese Niederlagen die harte Frage aufdrängen: Was haben wir in den letzten Jahren falsch gemacht, dass Teile unserer Wähler davonlaufen? Gleich vorweg: Es wäre nicht nur billig, sondern käme einer Selbsttäuschung gleich, wenn wir das Ausmass des Wählerschwundes den Ereignissen um den Rücktritt von Bundesrätin Elisabeth Kopp zuschreiben würden.

Auf der Fahndung nach den Ursachen des Wählerverlustes stossen wir zuerst auf den sogenannten Zeitgeist, der individuellen Wohlstand stärker gewichtet als die Probleme der Gemeinschaft. Natürlich haben es gegenwärtig jene Parteien besonders schwer, die sich nicht nur mit den Einzelthemen befassen, die zufällig Schlagzeilen machen. Aber die FDP kann nicht den Zeitgeist als Entschuldigung vorschieben und sich mit der Formel über Wahl-niederlagen hinweg trösten: Unsere Politik ist schon recht – nur hat die Wohlstandsgesellschaft nicht begriffen.

Unser «Angebot» kritisch überdenken

Auf der Suche nach einem Lösungsansatz ist zweifellos unser «Angebot» kritisch zu überdenken. Wenn ich mich nach meinem ersten Jahr im FDP-Generalsekretariat umsehe, so kann ich feststellen: Unsere Partei verfügt über ein Füllhorn ausgezeichneter und, wie mir scheint, zeitgemässer Ideen zur Lösung zahlloser anstehender Probleme. An den Ideen kann es nicht liegen.

Liegt's an der Gegenderschaft? Auch da lautet die Antwort: Nein. Denn unsere Partei stand als das staatstragende Element

schweizerischer Politik schon immer im Zentrum der Kritik – und es gab Zeiten, da war die Kritik deutlich härter als heute. Wir haben von dieser Kritik sehr oft profitiert, weil sie uns Gelegenheit gab, die Leistungen der Gesellschaft, «unsere» Leistungen zu zeigen.

Selbstkritische Fragen

Dieser Gedanke führt uns zu einem letzten Punkt und damit zu einem Ansatz für das Begreifen unserer Wahlniederlagen: Vermag der Staat, wie er sich heute dem Bürger präsentiert, nicht mehr zu begeistern? Gelingt es uns heute nicht mehr, unsere Leistungen, aber auch unsere Kritik an den von uns oft gerügten Auswüchsen der Staatstätigkeit zu zeigen? Gehen Teile unserer Wählerschaft deshalb auf Distanz zur FDP, weil wir auf den Leistungen von gestern, das heisst auf unseren Lorbeeren ausruhen?

Oder unverblümt: Gilt unsere Anstrengung zu offensichtlich dem Machbaren statt dem Ziel, das Sinnvolle machbar zu machen? Es wäre falsch, Antworten auf diese selbstkritischen Fragen allein von der Parteispitze zu erwarten. Die Probleme betreffen die ganze Partei. Tragfähige Antworten können darum nur in enger Zusammenarbeit von Parteibasis und Parteikadern gefunden werden. Tuchfühlung mit dem Volk, mit unserem freisinnigen Wählervolk tut not.

Offen sein – offen bleiben

Hier, so scheint mir, müssten wir ansetzen. Hier haben wir uns wohl auch etwas vorzuwerfen. Die lange Erfolgsserie hat uns vielleicht zu selbstsicher, zu vertrauenselig und – sagen wir's offen – gelegentlich zu überheblich gemacht. Bekanntlich ist ja nichts auf dieser Welt vollkommen. Und die FDP sollte es sein? Es gehört meines Erachtens zum Liberalismus, offen zu sein – gerade auch in der eigenen Sache. Nichts wäre unliberaler, als seinen gestrigen Standpunkt und sein gestriges Tun heute nicht zu hinterfragen. Das heisst nun nicht, der Liberale sei opportunistisch und umschmeichle die Wählerschaft im Stile der Einthemenparteien. Wir Freisinnigen stehen zum Liberalismus, wir sind in der Lage, die Themen offen zu



Wie immer mit Engagement und temperamentvoll: Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz. (Photo ruti)

FDP-Presseverband mit neuem Präsidenten

Der Schweizerische Freisinnig-Demokratische Presseverband wählte an seiner Generalversammlung Gottlieb F. Höpli, NZZ-Redaktor, zum neuen Präsidenten. Höpli löst Rudolf Gerber, Chefredaktor des «Landboten», ab, der den Verband während acht Jahren geführt hatte. Gerber setzte sich im Jahresbericht kritisch mit gewissen Tendenzen in den Medien auseinander: «Verrat an der Verhältnismässigkeit unter dem meist selbstgewählten Druck, anders als alle anderen, im Schürfen nach verborgenen Stoffen gerade im Umfeld illustrierter Politiker besonders erfolgreich zu sein, gehört längst zum Medienalltag.» Doch oft genug erwiesen sich die Funde solch oberflächlichen Grabens als wertloser Feldspat, die keine Hilfe zur Lösung drängender Probleme böten. Höpli nahm als neuer Präsident die berechtigte Kritik seines Vorgängers auf und sprach sich für eine Kontrolle dieses Enthüllungsjournalismus durch Konkurrenz und nicht durch staatliche Massnahmen aus. Er rief die Mitglieder des Verbandes auf, an der Formulierung einer liberalen Medienpolitik aktiv mitzuwirken.

Zu den Protesten in Peking

Vernachlässigte politische Liberalisierung

Die Kommunistische Partei Chinas sieht sich mit der grössten Herausforderung konfrontiert, seit Mao Zedong (Tsetung) die Volksbefreiungsarmee 1949 zum Sieg führte. Chinas Reformen vernachlässigten bisher die politische Liberalisierung. Auslandredaktor Jacques Baumgartner berichtet und kommentiert die Ereignisse im Reich der Mitte:

Die von Studenten angeführten Demonstrationen für Freiheit und Demokratie scheinen fürs erste vorbei zu sein. Die politischen Proteste haben jedoch dazu geführt, dass die Partei «an Gesicht» verloren hat; ein bei Chinesen nicht unbedeutender Verlust.

Korruption und Inflation

Der Tod von Hu Yaobang am 15. April war das auslösende Moment der Unruhen. Hu musste 1987 seinen Hut als Parteivorsitzender nehmen, nachdem es zuvor an den Universitäten des Landes zu massivem politischem Aufbegehren der Studenten gekommen war. Konservative in der Partei gaben Hu die Schuld und warfen ihm vor, er sei zu large und zu liberal. Die Proteste

Studenten in China

Die chinesische Regierung schätzt, dass um die Jahrhundertwende fünfzig Millionen Akademiker gebraucht werden, aber nur fünfzehn Millionen dürften dann vorhanden sein. Soll es mit den Reformen vorgehen, so bräuchte China dringend diese Hochschulabgänger. Doch scheut sich die Regierung beziehungsweise die Partei, mehr für Erziehung auszugeben, anspornende Anreize zu schaffen.

Zwei, höchstens drei Prozent vom Nationaleinkommen werden im Erziehungswesen «investiert». Und in den vergangenen fünf Jahren wurde das Geld hauptsächlich dazu verwendet, um vierhundert neue Universitäten zu bauen. China hat derzeit 1054 Hochschulen. Die Gebäude stehen zwar, aber deren Einrichtungen – vom Labor bis zur Bibliothek – sind ungenügend. Lehrer und Professoren klagen über niedrige Löhne. Ein Universitätsdozent verdient knapp die Hälfte eines Strassenhändlers. In der Provinz Fujian beispielsweise gaben vergangenes Jahr 853 Lehrer ihren Beruf auf. Die Folge war, dass 148 Schulen geschlossen werden mussten. Höhere Schulbildung bedeutet nicht unbedingt höhere Saläre. Lehrer und Professoren suchen sich «lukrativere» Arbeitsmöglichkeiten.

Es wird geschätzt, dass ein Viertel der Bevölkerung – über 250 Millionen Menschen – überhaupt keine Bildung genossen hat, als Analphabeten gilt. 30 Millionen Chinesen im Alter von 35 bis 45 Jahren gehören zur «verlorenen Generation». Es handelt sich um jene Menschen, die unter die Räder der Kulturrevolution gerieten und ebenfalls keine Schulbildung erhalten haben. In den vergangenen zehn Jahren gingen 50 000 junge Chinesen ins Ausland, um dort zu studieren. Knapp die Hälfte kehrte nach beendetem Studium zurück. Rückkehrer klagen über niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen, Wohnungsnot und darüber, dass ihr Rat und ihr im Ausland erworbenes Wissen häufig «ignoriert» werden.

wurden unterdrückt, und es wurde eine Kampagne gegen «bourgeois Liberalismus» begonnen. Die Konservativen bilden optisch den linken, die Reformen den rechten Flügel innerhalb der chinesischen Kommunistischen Partei.

Ähnlich wie Gorbatschew

Doch die Unrast der damals noch nicht wie heute organisierten Akademiker in spe diente der «Linken» lediglich als Vorwand, um den in ihren Augen gefährlichen «Rechten» auszuschalten. Hu schickte sich nämlich an (ähnlich jetzt Parteichef Michail Gorbatschew in der Sowjetunion), die Partei politisch zu reformieren, wie es der Initiator der wirtschaftlichen Reformen, Deng Xiaoping, 1980 versprochen hatte. Er wollte sich der den Fortschritt hemmenden, da um Privilegien und Pfründen bangenden, alten Garde in der Partei und in der Armee entledigen und diese in Pension schicken.

Die Partei sieht sich gegenwärtig im wirtschaftlichen und politischen Bereich angegriffen. Die von Deng eingeleiteten Wirtschaftsreformen sind in die Sackgasse geraten. Korruption grassiert in höchsten Kreisen, die Inflation galoppiert bei dreissig Prozent und eskaliert weiterhin, die Einkommensunterschiede werden immer grösser, allgemeine wirtschaftliche Unzufriedenheit greift um sich und verschafft sich Luft in Demonstrationen.

Formell in der Verfassung verankert

Die Forderungen der Studenten beschränken sich nicht auf vage Rufe nach «Demokratisierung». Sie hatten schon 1986 das politische System als «ein bisschen besser als feudalistischen Despotismus, aber weitaus skrupelloser, diktatorischer und terroristischer» bezeichnet. Nun verlangen die angehenden Akademiker, die von den Intellektuellen des Landes unterstützt werden, unter anderem Presse- und Versammlungsfreiheit. Formell sind diese Rechte in der Verfassung verankert, bis anhin in der Praxis aber nicht garantiert.

Reiche Tradition im Demonstrieren

Die chinesischen Studenten können auf eine reiche Tradition im Demonstrieren verweisen. Am 4. Mai 1919 protestierten Peking-Studenten gegen die Abtretung chinesischen Gebietes (gemäss Friedensvertrag von Versailles) an ausländische Mächte und für die Übernahme westlicher Wissenschaft und Demokratie.

Das war der Beginn der (Demokratisierungs-)«Bewegung des 4. Mai». Seit 1919 dienten chinesische Studenten als Katalysator für bedeutende (politische) Veränderungen. In den dreissiger Jahren organisierten sie Widerstand gegen den japanischen Imperialismus, spielten in Maos Kulturrevolution die entscheidende Rolle, halfen 1976 die «Vierbande» der Mao-Witwe stürzen und halfen Deng, an die Macht

zu gelangen. Die «Bewegung des 4. Mai» geniesst in China grosses Ansehen.

Gorbatschew flankiert seinen Umbau

Im Unterschied zu den chinesischen Genossen flankiert Gorbatschew seinen Perestroika genannten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbau der Sowjetunion mit dosierter politischer Liberalisierung und Offenheit («Glasnost») in den Medien, dem Vehikel seiner Reformen.

Der 84-jährige Deng scheint mit seinen forcierten Wirtschaftsreformen die politischen Möglichkeiten überschätzt zu haben. Das heisst, marktwirtschaftliche Elemente in der Volkswirtschaft, letztlich freie Marktwirtschaft

Alle zehn Jahre?

China scheint alle zehn Jahre «reif» für politische Umwälzungen zu sein: 1949 Maos Sieg und Gründung der Volksrepublik China; 1959 der katastrophale «grosse Sprung nach vorne»; 1969 Höhepunkt der Kulturrevolution; 1979 Beginn der Reformen unter Deng Xiaoping. Und 1989?

dulden kein kommunistisches Korsett. Die Modernisierung der Wirtschaft war Hauptziel der chinesischen Reformen, derweil die politische Liberalisierung nur eine untergeordnete Rolle spielte. Die politische Tagesordnung in China ist heute nicht mehr dieselbe wie vor den Protesten der Studenten.



FDP für effizientere Wohneigentumsförderung

Anpassungen bei der dritten Säule gefordert

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) fordert eine effizientere Wohneigentumsförderung. Sie ist deshalb mit der vorgeschlagenen Lösung für die Regelung der Wohneigentumsförderung im Rahmen der dritten Säule nicht einverstanden. Dies geht aus der Vernehmlassungsantwort der Partei zum Entwurf für eine Ergänzung der Verordnung über die steuerliche Abzugsberechtigung für anerkannte Vorsorgeformen hervor.

Die FDP begrüsst den erneuten Versuch, eine Regelung für den Einsatz der Mittel der gebundenen Selbstvorsorge für die Wohneigentumsförderung zu finden. Sie kann sich jedoch mit der vorgesehenen Beschränkung auf einen Bezug von 50 Prozent der angesparten Guthaben im Falle des Erwerbs von selbstgenutztem Wohneigentum oder der Vornahme von wertvermehrenden Investitionen an solchem Eigentum nicht einverstanden erklären. Im Interesse einer wirksamen Wohneigentumsförderung fordert die freisinnige Partei einen Verzicht auf diese Beschränkung und die Freigabe des ganzen vorhandenen Vorsorgeguthabens für die Finanzierung von Wohneigentum. Ebenso vermisst die Partei die Möglichkeit, die gebundenen Vorsorgegelder auch für die Amortisation von Hypothekendarlehen zu verwenden.

Zustimmung mit Vorbehalten

FDP-Stellungnahme zum Markenschutzgesetz

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) pflichtet der Totalrevision des Markenschutzgesetzes mit einigen Vorbehalten zu. Dies geht aus ihrer Vernehmlassungsantwort hervor. Darin beurteilt sie die Vorlage als in sich geschlossen, gut geordnet und als eine taugliche Grundlage für eine Totalrevision des aus dem Jahre 1890 stammenden Gesetzes. Als ungeeignet hält die Partei die vorgesehene Fassung der Straftatbestände. Klar lehnt sie die im Gesetzesentwurf vorgesehene Abkehr von nationalen Erschöpfungsregeln und den vorzeitigen Übergang zu europaweiten Erschöpfungen ab.

Dass bei allen Straftatbeständen die Gewerbemässigkeit als qualifizierte Begehungsform vorgesehen ist, erscheint der FDP unzweckmässig und überflüssig. Sie

Politik braucht Dialog, nicht Konfrontation

Es mag Leute geben, denen Politik der Unterhaltung dient und denen es Spass macht, wenn sich Exponenten von Parteien lautstark streiten. Das bringt Aufregung ins Leben. Es läuft etwas. Man hat Gesprächsstoff. So erleben wir gegenwärtig Diskussionen, denen man das lateinische Wort discussio, das soviel wie Gespräch, Aussprache, Austausch von Meinungen mehrerer Personen über ein bestimmtes Thema bedeutet, nicht zu Grunde legen kann; dies weniger auf kantonaler Ebene, sondern vielmehr auf eidgenössischer.

Seit die Sozialdemokraten mit der Stimmfreigabe für die Armeeabschaffungsinitiative spielen, ist Bewegung in die schweizerische Parteienlandschaft gekommen. Christoph Blocher zog als erster ins Feld, und zwar mit seinem bekannten Zweihänder. Er drohte der SPS mit dem Hinauswurf aus dem Bundesrat. Sollten sie, so meinte er mit viel Medienecho, die schweizerischen Sozialdemokraten nicht eindeutig für die Armee aussprechen, seien sie nicht mehr bundesrats-tauglich. Zwar wird, wer die Notwendigkeit der Selbstverteidigung eines Landes bejaht, den Beschluss der SP-Parteileitung nicht oder nur schwer verstehen, aber vorsorglich und präventiv zu drohen, man werfe die Staatsverräter aus dem Bundesrat, ist keineswegs der Stil, mit der die Diskussion über die Armee geführt werden darf. Das ist eine Methode, die in die politische Unkultur führt. Sie dient der Verhärtung der Fronten und der Zerstörung des Dialogs. Erpressungsmanöver dieser Art sind Erziehungsmitteln gleichzusetzen, die ein auf Abwege geratenes Kind mit Strafen auf den rechten Weg zurückholen wollen. Wer nur ein bisschen pädagogisches Geschick hat, weiss, dass dies nicht gelingen kann.

Die Art, wie Ritter Blocher ins Feld gezogen ist, empfindet der Beobachter, der den politischen Kampf nicht zum Streite verkommen lassen will, als zutiefst unritterlich. Wir wissen alle, dass



ältere Genossen wie zum Beispiel der Basler Ständerat Carl Miville, aber auch jüngere sich klar für die Verteidigungsarmee ausgesprochen haben. Man kann sich kaum vorstellen, dass ein SP-Parteitag, der vom Geist der Sache und nicht vom Anti-Blocherismus geleitet ist, eine Parole für die Abschaffung der Armee herausbringt. Sollten Blochers Drohgebärden und Impioniergehabe taktisch darin bestehen, dass sich die Genossen mehr mit seiner Person als mit dem Auftrag unserer Armee befassen werden, dann wären sie politisch übel. Sie wären unverantwortlich und blind. Wir brauchen heute den Dialog in der Politik mehr als die Konfrontation.

Starke Seelen sind nicht leicht zu bändigen. Aber grade sie müssen sich an die politischen Qualitäten des Dialogs erinnern, der nicht darin besteht, sich selbst in den Vordergrund zu stellen. Sie haben «einen trivialen, allzu menschlichen Feind, den sie täglich und stündlich zu überwinden haben: die ganz gemeine Eitelkeit, die Todfeindin aller sachlichen Hingabe und aller Distanz, in diesem Fall: der Distanz sich selbst gegenüber» (Max Weber: Der Beruf zur Politik).

Andreas Iten
FDP-Ständerat
Unterägeri ZG

begründet dies vorab damit, dass die Schwere des einzelnen Falles in der Regel von der wirtschaftlichen Bedeutung der konkreten Verletzung der Markenrechte abhängt. Dies sei zudem ein Aspekt, der sich mit dem Begriff der Gewerbemässigkeit nicht einfangen lasse. Wie bereits bei der Teilrevision des Patentgesetzes lehnt die freisinnige Partei Vorleistungen schweizerischerseits an die EG ab. Sie wendet sich deshalb mit Nachdruck gegen den vorgeschlagenen Übergang von der nationalen zur europäischen Erschöpfung.

Für bisherigen Nationalratswahltermin

FDP gegen Verschiebung

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) will am bisherigen Termin für die Nationalratswahlen festhalten. Dies stellt sie in ihrer Vernehmlassungsantwort zur Revision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte fest, die sie als verfrüht erachtet. Um das Problem des Zeitdruckes zwischen Nationalratswahlen und Beginn der Legislaturperiode entschärfen zu können, schlägt die Partei vor, den Beginn der Wintersession in einem Wahljahr auf den 3. Montag im Dezember anzusetzen und diese nur eine Woche (statt drei) dauern zu lassen.

Mit dem freisinnigen Vorschlag könnten zwischen Wahltag und Validierung der Wahlen zwei Wochen zusätzlich gewonnen werden. Mit ihm stellen sich keine verfassungsmässigen Fragen, da Ratsbüro, Kommissionen, Rats- und Bundespräsident gewählt sowie die Budgetberatung vorgenommen werden könnten. Zur Realisierung des freisinnigen Vorschlages bedarf es ferner keiner Revision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte, sondern allein einer Änderung des Geschäftsverkehrsgesetzes. Da eine solche Anpassung rein organisatorischer Natur ist, wäre sie nach Ansicht der Partei rasch möglich, während eine Revision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte, die viel mehr Zündstoff enthält, ihr politisch gefährlicher erscheint.

Die FDP ist auch der Meinung, dass die Vollzugsprobleme, die zur Revisionsvorlage des Bundesgesetzes über die poli-

tischen Rechte führten, zu sehr dramatisiert werden. Sie stellt deshalb die Frage, ob ein Gesetz, das erst vor zehn Jahren in Kraft trat, bereits der Überarbeitung bedarf und ob nicht besser mehr Erfahrungen damit gesammelt würden. Zudem hält sie den Zeitplan, der die Anwendung der neuen Vorschriften bereits bei den nächsten Nationalratswahlen im Jahre 1991 vorsieht, für unrealistisch.

Zustimmung zur Revision des Zuständigkeitsgesetzes

FDP-Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) pflichtet der Revision des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit zu. Wie sie in ihrer Vernehmlassungsantwort festhält, befürwortet sie namentlich die Anpassung der Bundesgesetzgebung an das neugeschaffene Gleichberechtigungsgesetz in der Bundesverfassung. Während sie der beantragten Neuformulierung des Unterstützungswohnsitzes unumwundelter Kinder beipflichten kann, schlägt sie bei der Neuordnung der heimatlichen Ersatzpflicht vor, davon ganz abzukommen. Die FDP begründet ihre Haltung damit, dass die unterbreitete Variante die Probleme nicht löst. Sie schlägt dafür vor, bei Wohnsitzwechsel Rückgriff auf den früheren Wohnsitzkanton zu nehmen, wie dies auch in der Bundesverfassung vorgesehen ist. In Fällen bedürftiger Auslandschweizer, die zurückkehren, regt sie die Ersatzpflicht des Heimatkantons an.

Etwas Gutes tun – der Schweizer Berghilfe gedenken –



warum nicht?

Verlangen Sie unseren Einzahlungsschein
Telefon 01/202 88 33

Zur Abstimmung über die Kleinbauern-Initiative

Nein aus aussen- und landwirtschaftlichen Gründen

Nicht nur aus agrarpolitischen Gründen ist die am 4. Juni zur Abstimmung gelangende Initiative «Für ein naturnahes Bauern – gegen Tierfabriken (Kleinbauern-Initiative)» abzulehnen, sondern auch wegen der aussenwirtschaftlichen Konsequenzen, die eine Annahme des Volksbegehrens nach sich zögen. Auf diese Argumente gehen die beiden nachstehenden Beiträge ein:

FDP-Nationalrat Heinz Allenspach (Fällanden ZH) ruft in Erinnerung, dass die einheimischen Arbeitsplätze von guten und intakten Aussenwirtschaftsbeziehungen abhängig sind. Er warnt deshalb vor den aussenwirtschaft-

lichen Folgen der Kleinbauern-Initiative. Für seinen Rats- und Fraktionskollegen Walter Zwingli (Rheineck SG) bestehen zwischen dem Titel der Initiative und dem vorgeschlagenen Verfassungstext «schwerwiegende Vorwürfe».

Allenspach: Weltwirtschaftliche Aspekte bedenken

In der Diskussion über die Kleinbauern-Initiative wird nur wenig über die aussenwirtschaftlichen Konsequenzen dieses Volksbegehrens gesprochen. Dabei leben wir nicht auf einer Insel, sondern sind in die Weltwirtschaft eingebunden. Gut die Hälfte unseres Volkseinkommens wird im Austausch von Gütern und Dienstleistungen über die Grenze erarbeitet. Unsere Arbeitsplätze und unser Volkswohlstand sind von guten und intakten Aussenwirtschaftsbeziehungen abhängig. Eine Politik der Isolation oder der Autarkie hätte negative Folgen für alle.

Unsere Agrarwirtschaft ist in doppelter Beziehung von guten Aussenwirtschaftsbeziehungen abhängig; sie exportiert Agrarprodukte. Eine wirtschaftliche Isolation würde auch die Absatzmärkte der schweizerischen Landwirtschaft im Ausland beeinträchtigen. Dazu kommt, dass wir unseren heutigen Agrarschutz nur dann finanzieren können, wenn sich die schweizerische Wirtschaft im übernationalen



Konkurrenzkampf behaupten kann. Woher würde der Bund die Mittel für Subventionen an die Landwirtschaft nehmen, wenn in der übrigen Wirtschaft Rezession und Krise vorherrschen würden? Wäre der Konsument noch bereit, die hohen Landwirtschaftspreise zu bezahlen, wenn wir mit Massenarbeitslosigkeit und Wohlstandseinbussen zu rechnen hätten?

Zwingli: Irreführung des Stimmbürgers



ren nicht «Tierfabriken», was auch immer darunter zu verstehen ist, zutiefst zuwider? Wer sich mit dem Titel zufriedengibt, fällt möglicherweise Illusionen zum Opfer. Nicht der Titel, sondern der Text käme bei Zustimmung zur Initiative in unsere Verfassung.

Inkonsequent

Die Initiative will agrarpolitische Schutzmassnahmen auf bäuerliche Betriebe beschränken. Als Unterscheidungsmerkmale dienen die familieneigenen Arbeitskräfte und die eigene Futterbasis. Auf diese Weise sollen «Tierfabriken» benachteiligt werden. In Wirklichkeit jedoch werden etwa 12 000 insbesondere kleine, im Graswirtschafts- und Berggebiet gelegene bäuerliche Betriebe betroffen, weil diese zur Ergänzung ihrer beschränkten Produktionsmöglichkeiten auf Kraftfutterzukauf angewiesen sind.

Umgekehrt werden im Ackerbaubereich selbst grössere Betriebe durch die vorgesehenen Bestimmungen keinerlei Schwierigkeiten bekommen, weil diese sogar für eine grosse Schweine- oder Geflügelhaltung das erforderliche Futter weitgehend aus der eigenen Produktion beschaffen können. Und das soll eine «Kleinbauern»-Initiative sein?

Mehr Fragen als Antworten

Zudem stellen sich bei dieser Initiative, die am 4. Juni zur Abstimmung gelangt, unzählige weitere Fragen. Auf einige möchte ich kurz eingehen: Was soll in der Initiative die Unterscheidung in bäuerliche und nichtbäuerliche Betriebe? Ausser dem vagen Ver-

sprechen auf kostendeckende Produktpreise nur für die bäuerlichen Betriebe, lässt die Initiative fast alles im dunkeln.

Was nützen den kleinen Betrieben «kostendeckende» Preise, wenn sie nur noch eine beschränkte Futtermenge zukaufen dürften und demzufolge nur eine entsprechend beschränkte Produktion verkaufen könnten?

Denner als Nutzniesser

Der einzige sichere Nutzniesser der Initiative wäre der Grossverteiler, der hinter der Initiative steht – Denner. Dieser könnte

Nein zur Kleinbauern-Initiative

Die Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz hat beschlossen, zu der am 4. Juni zur Abstimmung gelangenden Initiative «für ein naturnahes Bauern – gegen Tierfabriken» (Kleinbauern-Initiative) die Nein-Parole auszugeben.

einerseits die reduzierte Inlandproduktion vermarkten und zugleich die wachsenden Importe tätigen.

Die «nichtbäuerlichen» Betriebe (die Tierfabriken und die Kleinen mit zu grossem Futterzukauf) könnten zwar an sich weiter produzieren. Zu welchen Futterkosten und zu welchen Preisen für ihre Erzeugnisse, bleibt offen. Möglicherweise würde sich ein Mischpreis zwischen Importpreis und kostendeckendem Inlandpreis herausbilden. Es ist denkbar, dass dieser Mischpreis die tieferen Kosten rationell geführter «Tierfabriken» noch deckt. Wo würden dann wohl die cleveren Verwertungsbetriebe einkaufen? Sicher nicht bei den teureren bäuerlichen Betrieben.

Ausmanövrierter Souverän

Um jene Betriebe, die bäuerlich produzieren, bestimmen zu können, wären komplizierte Kontrollen über ihre «Futterwirtschaft» notwendig. Die Initianten behaupten zwar wider besseres Wissen, dass solche Kontrollen gar nicht nötig seien. Wie soll denn sonst die Bestimmung der bäuerlichen Betriebe mit einem «Anspruch» auf kostendeckende Preise erfolgen?

Nach dem Wortlaut der Initiative sollen die Ausführungsbestimmungen zu dieser Regelung ausschliesslich durch bundesrätliche Verordnungen geschaffen werden. Das heisst im Klartext, dass das Parlament und, weil zu Verordnungen des Bundesrates kein Referendumsrecht besteht, auch die Stimmbürger ausgeschaltet sind. Wollen wir wirklich, dass wir als Stimmbürger zur inskünftigen Landwirtschaftspolitik des Bundes nichts mehr zu sagen haben?

Perspektivstudie «Gewerbe 2000»

Mittelständische haben Zukunft!

Die schweizerische Volkswirtschaft ist durch Klein- und Mittelbetriebe geprägt und stark gewerblich strukturiert. Diese Betriebe stehen nicht nur vor der Herausforderung EG 92, sondern auch der Frage, wie die Rahmenbedingungen im Jahre 2000 aussehen. Eine Perspektivstudie mit dem Titel «Gewerbe 2000» versucht, Lösungsansätze mit Blick auf die Jahrtausendwende zu vermitteln. FDP-Nationalrat Dr. Peter Spälti (Hettlingen ZH), der die Studie angeregt hat, stellt diese nachstehend vor:

Es gehört zu unseren Aufgaben, sich über Entwicklungen der Zukunft Gedanken zu machen. Der Blick in die Zukunft ist eine wichtige Führungsaufgabe aller Unternehmen, unabhängig davon, ob es sich um Weltunternehmen oder um Klein- und Mittelbetriebe handelt. Dabei kann es keineswegs genügen, in die Zukunftsüberlegungen nur die eigene Unternehmung einzubinden, sondern vielmehr gilt es auch, die Entwicklungen der allgemeinen Rahmenbedingungen im Auge zu behalten. Den Unternehmen erwachsen zudem aus ihren Wechselbeziehungen zur Gesellschaft, zur Öffentlichkeit und zum Staat Verantwortlichkeiten, welche sie bei der Gestaltung der Zukunft wahrnehmen müssen.

Klein- und Mittelbetriebe im Brennpunkt

Rund 97 Prozent aller nichtlandwirtschaftlichen Unternehmungen in der Schweiz beschäftigen weniger als 50 Mitarbeiter. Gerade durch diese Vielfalt kommt ihnen wettbewerbs- und strukturell eine zentrale Funktion zu. Klein- und Mittelbetriebe zeichnen sich durch die besondere Fähigkeit aus, veränderte Marktbedürfnisse auf Grund ihrer Kundennähe schnell zu erkennen und in kurzer Zeit dementsprechend zu reagieren.

Damit sind sie den grossen Unternehmungen oft überlegen. Denn infolge komplexerer Strukturen und längerer Entscheidungsprozesse sind Grossunternehmen weniger rasch anpassungsfähig. Zudem wird den kleinen und mittleren Betrieben ein grosses Innovationspotential attestiert.

Im Hinblick auf die Zukunft Europas steht der Klein- und Mittelbetrieb im Brennpunkt, auch wenn Umfragen in der Schweiz zeigen, dass sich die kleinen und mittleren Unternehmungen nur wenig oder kaum für die EG-Entwicklungen interessieren. Mit der Ausgestaltung des europäischen Binnenmarktes 1992



wollen die EG-Behörden auf Grund der gewonnenen Erkenntnisse Klein- und Mittelbetriebe sowie das Gewerbe zu den Hauptnutznießern des Binnenmarktes machen. Nicht zuletzt auch aus der Überlegung heraus, dass die Klein- und Mittelbetriebe – das Gewerbe grundsätzlich – für die Struktur einer Volkswirtschaft von überragender Bedeutung sind und ordnungspolitisch eine gewichtige Rolle spielen. Konkrete Massnahmen, die zum Abbau der Regelungsichte führen und die ganz allgemein die Rahmenbedingungen dieser Betriebe verbessern sollen, werden in Brüssel eingeführt und für die kommenden Jahre zusätzlich geplant und durchgesetzt.

Über 1992 hinaus denken!

Die angestrebte Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Klein- und Mittelbetriebe innerhalb der EG im Hinblick auf die Globalisierung der Märkte wird für diese von grossem Nutzen sein. Die gezielten Massnahmen der Europäischen Gemeinschaft für ihre Klein- und Mittelbetriebe erfordern schweizerische Antworten. Es wäre falsch, wenn sich die schweizerische Wirtschaft nur auf das Jahr 1992 als den einzigen magischen Zeitpunkt ausrichten würde. Wir stehen vor dem Jahr 2000, auf das sich die Schweiz

Fortsetzung auf Seite 4



Beinahe traditionsgemäss bot der Schweizerische Freisinnig-Demokratische Presseverband den Befürwortern und Gegnern einer eidgenössischen Abstimmungsvorlage ein Forum, um ihre Argumente darzulegen. An der Aussprache über die sogenannte Kleinbauern-Initiative beteiligten sich (v. l. n. r.): Der Chefredaktor des «Oltner Tagblatts», Max R. Schnetzer (pro); FDP-Nationalrat Alfred Aregger (contra); Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz, der als Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes die Haltung der Landesregierung erläuterte; der neue Präsident des FDP-Presseverbandes, NZZ-Redaktor Gottlieb Höpli; Erwin R. Müller, der Pressesprecher der Initianten; Dr. Ulrich E. Gut, Chefredaktor der «Zürichsee-Zeitung», der das Podiumsgespräch leitete, sowie der Freiburger Bauer Michel Losey (contra).

(Photo ruti)

Boesch
Gartenbau 01 53 04 80
Unsere Stärke
grüne Werke

Fortsetzung von Seite 3

ausrichten muss. Diese Überlegungen haben dazu geführt, einen Weg zu suchen, um dem Schweizer Gewerbe Antworten auf die Fragen im Zusammenhang mit

Die hier erwähnte Perspektivstudie «Gewerbe 2000» kann bei jeder Geschäftsstelle der Winterthur-Versicherungen bezogen werden.

der Jahrtausendwende zu geben. Welche Probleme werden sich im Hinblick auf diesen Zeitpunkt gerade für das Gewerbe stellen? Welche Rahmenbedingungen wird das Gewerbe im Jahr 2000

Frau und Gesamtverteidigung

FDP fordert Massnahmen

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) fordert die Einrichtung einer Koordinationsstelle für die Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung. Diese sollte in der Zentralstelle für Gesamtverteidigung angesiedelt werden. Diese Forderung ist nach Ansicht der Partei die am vordringlichsten zu realisierende Massnahme, wie sie im zweiten Bericht über die Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung vorgeschlagen wird.

In einer umfassenden Information der Bevölkerung über die Katastrophenhilfe, den Einbezug der Gesamtverteidigung in die Lehrpläne im Rahmen des staatsbürgerlichen Unterrichts sowie der Abgabe der Informationsschrift «Einsatzmöglichkeiten der Frau in der Gesamtverteidigung» sieht die FDP konkrete Möglichkeiten, der ungenügenden Information weiter Bevölkerungskreise über die Gesamtverteidigung entgegenzutreten. Die Partei will damit auch die vorhandenen Einsatzmöglichkeiten der Frauen im Rahmen der Gesamtverteidigung besser darstellen. Sie erwartet zudem, dass die Katastrophenhilfe-Gesetzgebung den gegenwärtigen Bedürfnissen angepasst wird. Einen besonderen Appell richtet die Partei an die Arbeitgeber, Frauen nicht nur die Mitarbeit in der Gesamtverteidigung zu ermöglichen, sondern diese sogar dazu zu ermuntern.

Zu diesen Folgerungen ist die FDP der Schweiz auf Grund eines Berichtes des von Nationalrat Dr. Willy Loretan (Zofingen) präsierten Ausschusses für Militärpolitik gekommen. Der Bericht basiert auf den Überlegungen einer Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Doris Portmann-Gilomen, die sich mit dem Thema «Frau und Gesamtverteidigung» auseinandergesetzt hat.

zu beachten haben, wie sind die ökonomischen Veränderungen, ökologischen Trends, technologischen Entwicklungen und auch der gesellschaftliche Wandel zu beurteilen?

Es ist eine Verpflichtung, Klein- und Mittelbetriebe in der Bewältigung der Zukunft tatkräftig zu unterstützen. So ist denn eine Perspektivstudie mit dem Titel «Gewerbe 2000» ausgearbeitet worden, die in Übereinstimmung mit dem Schweizerischen Gewerbeverband als Grundlage für strategische Überlegungen dienen kann. Das Institut für gewerbliche Wirtschaft an der Hochschule St. Gallen unter der Leitung von Professor Pleitner präsentiert mit dieser Schrift Impulse, Gedanken und Lösungsansätze, die es im Hinblick auf die Jahrtausendwende zu berücksichtigen gilt.

Lippenbekenntnisse genügen nicht!

«Lippenbekenntnisse» auch von politischer Seite genügen nicht, wenn es darum geht, den zentralen Stellenwert des Gewerbes in unserer Wirtschaft und in der Zukunft darzulegen. In Regierung, Parlament und Partei müssen die Weichen in Richtung Abbau der Regelungsdichte zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den EG-Staaten richtig gestellt werden. Nebst den eigenen unternehmerischen Fähigkeiten des Gewerbes zur Zukunftsbewältigung müssen Parlament und Regierung durch die Schaffung von verbesserten Rahmenbedingungen die Zukunftsaussichten der mittelständischen Unternehmen konkret verbessern. Vergessen wir nicht, dass die Zukunft nicht das ist, was man plant und hofft, sondern das, was man daraus machen.

Umstrittene Frequenzprioritäten beim Radio

FDP-Studiengruppe für Medienpolitik gegen Änderung

Die Studiengruppe Medienpolitik der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) wendet sich gegen eine Änderung der Frequenzprioritäten beim Radio, wie dies von der vorberatenden Kommission des Nationalrates bei der Beratung des Radio- und Fernsehgesetzes beschlossen wurde. Ein solcher Schritt hätte nach Ansicht des von Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon ZH) geleiteten Gremiums fatale Folgen auf die Lokalsender, da deren Zahl erheblich reduziert werden müsste. Es plädiert deshalb dafür, an der vom Bundesrat vorgeschlagenen Version festzuhalten, wonach je ein deutsch-, französisch- und italienischsprachiges Radioprogramm in der ganzen Schweiz verbreitet werden.

Nach den Vorstellungen der nationalrätlichen Kommission für das Radio- und Fernsehgesetz sollen die Radioprogramme der SRG in allen drei Landessprachen in der ganzen Schweiz empfangbar sein. Diese Vollversorgung mit insgesamt fünf Radioprogrammen pro Sprachregion ist nach Angaben der PTT nur zu realisieren, wenn einzelne Lokalradios geschlossen werden und für andere das Sendegebiet reduziert wird. Die Erteilung neuer Lokalradiokonzessionen würde durch einen solchen Schritt praktisch verunmöglicht. Betroffen von einem solchen Beschluss wären vor allem jene Kantone und Regionen, die noch über kein eigenes Lokalradio verfügen.

Fortsetzung von Seite 1

diskutieren und dabei unseren Standpunkt einzubringen.

Nehmen wir die Herausforderung an! Bringen wir Gesprächsbereitschaft auf, um gemeinsam zueinander zu finden. Kehren wir zurück zum einzig erfolgverspre-

chenden Weg: zum Gespräch. Zum Gespräch unter Freisinnigen und zum Gespräch mit unseren Wählern. Wir haben ihnen einiges anzubieten. Das Füllhorn ausgezeichneten Ideen und die Phantasie unserer Mitglieder warten nur darauf, zum Zuge zu kommen.

ERNST BRUGGER

Gelebte Schweiz

Reden und Aufsätze aus 40 Jahren Politik

Herausgegeben aus Anlass des 75. Geburtstages von Ernst Brugger (Gemeindepräsident, Regierungsrat und Bundesrat von 1970-1977) 208 Seiten, Gewebeband mit Schutzumschlag, Fr. 28.-
Buchverlag der Druckerei Wetzikon, 8620 Wetzikon
Tel. 01/933 31 11
Auch in jeder Buchhandlung erhältlich



Führend im Pflanzen- und Holzschutz

Pflanzenschutz in der Landwirtschaft

Maag entwickelt und produziert umweltgerechte Pflanzenschutzmittel, damit ausreichende Ernten gesichert sind. Innovative Forschung und modernste Produktionsanlagen bilden die Basis dafür.

Haus und Garten

Die Maag-Produkte für Haus und Garten gegen Schädlinge, Pilzkrankheiten und Ungeziefer genügen höchsten Ansprüchen bezüglich Umweltverträglichkeit und Sicherheit des Anwenders.

Holzschutz

Holz ist Natur und Holz lebt. Daher benötigt es Pflege und Schutz — wie der Wald, aus dem es stammt. Maag wählen, heisst ein umweltfreundliches Konzept für den Holzschutz wählen.

Dr. R. Maag AG 8157 Dielsdorf Telefon 01/855 11 11

Wer trinkt, wird alt — wer säuft, stirbt bald

Deutsches Sprichwort

Wer den Wein, dieses köstliche Naturgeschenk, im Übermass zu sich nimmt, der weiss ihn nicht richtig zu schätzen. Der echte Weinfreund aber erkennt, dass sich ihm dieses edle Getränk im bedächtigen, massvollen Genuss voll offenbart. Ihm ist aber auch jede Flasche schon lieb, lange bevor er sie entkorkt: wenn er sie sorgfältig auswählt und liebevoll in seinem Keller bettet.

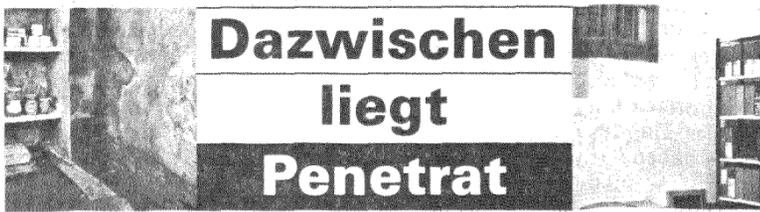
Für jenen Weinfreund sind wir gerne tätig. Ihm gehört unsere langjährige Erfahrung (unser Haus ist seit fast 300 Jahren dem Wein verbunden).

Rufen Sie uns an, Telefon (043) 24 33 33, oder schicken Sie uns eine Postkarte. Sie erhalten von uns dann umgehend völlig unverbindlich unser «Wiibüechli» — eine köstliche Lektüre für jeden Weinfreund.

St. Jakobskellerei
Schuler & Cie. AG
Franzosenstrasse 14
6423 Seewen (Schwyz)



SCHULER-WEINE
ST JAKOBSKELLEREI
SCHULER + CIE AG SCHWYZ + LUZERN



Dazwischen liegt Penetrat

Penetrat macht aus feuchten Kellern vielseitig nutzbare Räume — Lager, Archive oder sogar Standorte für EDV-Anlagen. Penetrat ist ein erprobtes Verdichtungsverfahren, mit dem altes Mauerwerk verfestigt wird. Die natürliche Diffusion der Mauern ist gewährleistet.

Fragen Sie den Penetrat-Spezialisten, was er aus Ihrem Untergeschoss machen kann.



Wir halten dicht.

Diener AG Bauunternehmung
Asylstrasse 77, 8030 Zürich
Telefon 01 252 55 34



Der bauplus-Spezialist



WALDE & PARTNER
Forchstrasse 70, 8008 Zürich, Tel. 01 55 02 44
A propos Liegenschaftsverkauf:
Wir bringen die richtigen Leute zusammen

Interessante Berufslehren

Warum eine textile Ausbildung wählen?

- Berufsleute mit einer textilen Ausbildung sind gefragt.
- An höheren Fachschulen bestehen verschiedene Weiterbildungsmöglichkeiten.



Die Firma Habis Textil AG, eine Buntweberei mit Bleicherei, Färberei, Druckerei und Hochveredlung, bietet folgende Ausbildungsmöglichkeiten:

**Kaufleute
Textilrentwerfer
Textilassistent(in)**

**Textilmechaniker
Textilveredler
Elektromonteur**

Es besteht die Möglichkeit zu einer Schnupperlehre. Die Personalabteilung gibt interessierten Jugendlichen gerne Auskunft.

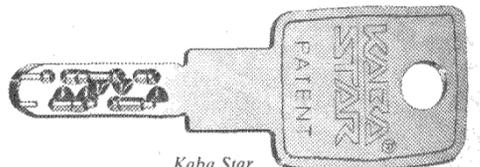
Habis Textil AG, 9230 Flawil, Telefon (071) 83 10 11

Unsere modischen Stoffe können Sie übrigens im Fabrikladen zu günstigen Preisen kaufen.

Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 13.30 Uhr-18.00 Uhr
Samstag 9.00 Uhr-12.00 Uhr

YFBERUFSLE

MIT BAUER KABA LASSEN SICH GESCHÄFTE ERFOLGREICH ABSCHLIESSEN.



Kaba Star.
Das universelle Schliesssystem.
Von Bauer Kaba.

Gorbatschew,
Perestroika
und Glasnost**Skeptische
Vorbehalte
mit Erwartungen**

Allenthalben grosse Beachtung finden die Entspannungsbemühungen des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschew – auch in der Schweiz. «Der Freisinn» bat deshalb vier FDP-Parlamentarier um ihre Meinung zu den Entwicklungen in der UdSSR, zu deren Chancen und Folgerungen auf die Ost-West-Beziehungen, aber auch zu den Konsequenzen, die sich daraus auf die schweizerische Sicherheitspolitik ergeben. Die Antworten zeigen skeptische Vorbehalte, zugleich werden Erwartungen ausgedrückt. Einhellig fallen die Antworten zur Frage der Konsequenzen auf die schweizerische Sicherheitspolitik aus. An der Umfrage nahmen teil: die freisinnigen Nationalräte Dr. Felix Auer (Bottmingen BL), Jean-Pierre Bonny (Bremgarten BE), Dr. Willy Loretan (Zofingen) sowie Ernst Mühlemann (Ermatingen TG).

Welchen Stellenwert messen Sie – in einer ersten, nicht abschliessenden Beurteilung – den Entspannungsbemühungen des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschew bei?

Wie beurteilen Sie die Chancen, dass Gorbatschew seinen Kurs sowohl in der UdSSR wie in den übrigen Ostblockstaaten durchziehen kann?

Welche Forderungen ergeben sich daraus auf die Ost-West-Beziehungen?

Was für Konsequenzen hat die laufende Entwicklung in der Sowjetunion auf die schweizerische Sicherheitspolitik?



Felix Auer

Sie sind als glaubwürdig zu betrachten, schon weil die Reduktion der riesigen Rüstungsausgaben eine der Voraussetzungen eines Gelingens der Perestroika ist. Ausserhalb der Sowjetunion sind ihr Erfolg und ein «Nachziehen» der anderen Seiten zu wünschen, dabei auch eine etwas phantasiereichere Aussenpolitik der USA, weil ein «sicherer» Friede Voraussetzung für die Lösung dringender weltweiter Probleme ist.

Die überraschenden Wunder sind die Ansätze von Demokratie und vor allem Glasnost: dass die Sowjets nun selbst sagen oder schreiben, was sie zuvor als blasse Hetze der Gegenseite oder als Lüge von Dissidenten gescholten haben. Ob diese Entwicklung, er auch die Entmythologisierung Lenins folgen müsste, mit oder ohne den charismatischen, aber auch machtbesessenen Gorbatschew, je rückgängig gemacht werden kann?

Über das Verbale hinaus hat die Perestroika bis heute wenig gebracht. Gorbatschews Analyse ist erstaunlich offen, seine Therapie jedoch vage und teils widersprüchlich; überdies stehen ihr die unbewegliche Riesenadministration und die satte Nomenklatura im Wege. Doch ihr Gelingen, verbunden mit kontrollierter Abrüstung, läge im Interesse der Entspannung.

Leider vorläufig keine! Die Sowjetunion baut weiterhin jährlich 3000 neue Panzer und lässt alle 45 Tage ein U-Boot von Stapel. Solange sie – und andere Mächte – ihre Verteidigung nicht in «strukturelle Nichtangriffsfähigkeit» umwandeln, wie jene der Schweiz, und solange in Europa gewaltige militärische Angriffspotentiale vorhanden sind, bleiben Misstrauen und Notwendigkeit auch der militärischen Anstrengungen zum Schutz des Landes bestehen.



Jean-Pierre Bonny

Die Entspannungsbemühungen Gorbatschews sind zweifellos ein, wenn nicht das faszinierendste Ereignis der letzten Jahre in der Aussenpolitik. Noch in den 70er Jahren hätte man eine derartige Entwicklung beinahe als Utopie abgetan. Unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte ist daher dieser Prozess zweifellos positiv zu werten, wenn er auch bloss einen ersten Schritt darstellt. Der Weg ist noch weit, sehr weit sogar. Momentan vergisst das der Westen in seinem Wunschenken.

Diese Frage ist schwierig zu beantworten. In der Tat stellt die ausserordentliche Diskrepanz in den verschiedenen Ostblockstaaten den Weltkommunismus vor grösste Probleme. Da gibt es einerseits Antreiber wie Ungarn und Polen und andererseits Bremser wie die DDR und die CSSR. Für die Erfolgchance noch wichtiger: Wird es Gorbatschew endlich gelingen, auch die Konsumbedürfnisse des Volkes besser zu befriedigen? Wenn nicht, könnte die konservative Nomenklatura rasch wieder die Oberhand gewinnen.

Der Westen muss selbstverständlich den neuen Kurs mitberücksichtigen. Dies bedeutet nicht Nachgiebigkeit, sondern eher noch grössere Aufmerksamkeit als bisher. Der Westen soll Sensibilität zeigen für echte Fortschritte, aber gleichzeitig darf er in seiner Wachsamkeit in keiner Weise nachlassen. Auch ein leicht abgerüsteter Osten entwickelt immer noch mehr als das Doppelte an Offensivkraft als der Westen! Der neue Kurs von Gorbatschew wurde nicht zuletzt durch die konsequente Haltung des Westens vor 10 Jahren (Nato-Doppelbeschluss!) vorbereitet.

Unmittelbare und direkte Konsequenzen für die schweizerische Sicherheitspolitik sehe ich vorderhand keine. Auch wenn Gorbatschew seine Abrüstungspläne voll durchziehen sollte – was noch lange Jahre beansprucht –, hätte er im Endstadium eine defensive Armee, wie das in der Schweiz heute schon der Fall ist. Das Verhältnis West – Ost wird stets ein delikates Balancespiel bleiben. Die Schweizer Armee ist als sicherer Defensivwert ein Stabilitätsfaktor im Herzen Europas. Das nenne ich aktive und realistische Friedenspolitik.



Willy Loretan

Die Entspannungsbemühungen des Generalsekretärs der KPdSU sind vorab innenpolitisch motiviert. Am Willen, die einseitigen Abrüstungs-offerten durchzusetzen, zweifle ich seit den Gesprächen (im Rahmen einer inoffiziellen schweizerischen Parlamentarierdelegation) mit Vertretern der politischen und militärischen Führung in Moskau nicht mehr. Fragen muss man sich aber, was sie in Tat und Wahrheit in bezug auf die Schlagkraft und insbesondere die Angriffsfähigkeit «aus dem Stand» der sowjetischen Armeen bedeuten. Die Frage ist heute schlichtweg noch nicht zu beantworten.

Die Hauptprobleme sind die grosse Zahl von «Schmarotzern» in den mittleren und unteren Rängen des Parteiapparates sowie die Ungeduld der unter Mangel-situationen leidenden Bevölkerung, die Resultate der Perestroika endlich «auf dem Teller» sehen will. Ob hier in den nächsten zwei bis drei Jahren spürbare Erfolge möglich sind (und das ist die Nagelprobe für Gorbatschew!), ist eher fraglich; denn die «Reformen» sollen ja den Rahmen des «Sozialismus» nicht verlassen dürfen. Die Staaten des Warschauer Paktes starren entweder völlig verunsichert – wie die Tschechoslowakei – auf das, was sich in der Sowjetunion abspielt, oder aber sie suchen – wie Polen und Ungarn – zaghaft einen eigenen Weg. Es scheint, dass der Einfluss der Moskauer Zentrale im Schwinden begriffen ist.

Der Westen ist zweifellos gut beraten, wenn er die aussen- und abrüstungspolitischen Avancen von Gorbatschew – mit der gebotenen Vorsicht – ernst nimmt. Es gilt – übrigens auch für die neutralen Staaten – das Optimum an Sicherheit herauszuholen. Ziele aller Abrüstungsverhandlungen müssen die Stabilisierung der Potentiale auf gleichem Niveau und vor allem die Beseitigung der Angriffsfähigkeit «aus dem Stand» auf der Seite des Warschauer Paktes sein.

Aus verschiedenen Quellen wissen wir, dass eine qualitativ hochstehende Aufrüstung der sowjetischen Streitkräfte weitergeht. Auch nach dem Vollzug der sowjetischen Abbaubemühungen wird eine erdrückende, konventionelle Überlegenheit und Angriffsfähigkeit des Ostens weiterbestehen. Für den neutralen Kleinstaat Schweiz – mit der völkerrechtlichen Verpflichtung, diese Neutralität in extremis mit bewaffneter Macht zu wahren – besteht kein Anlass, die international als vorbildlich geltende Sicherheitspolitik zu ändern, weder in der Zielsetzung noch bei den Mitteln.



Ernst Mühlemann

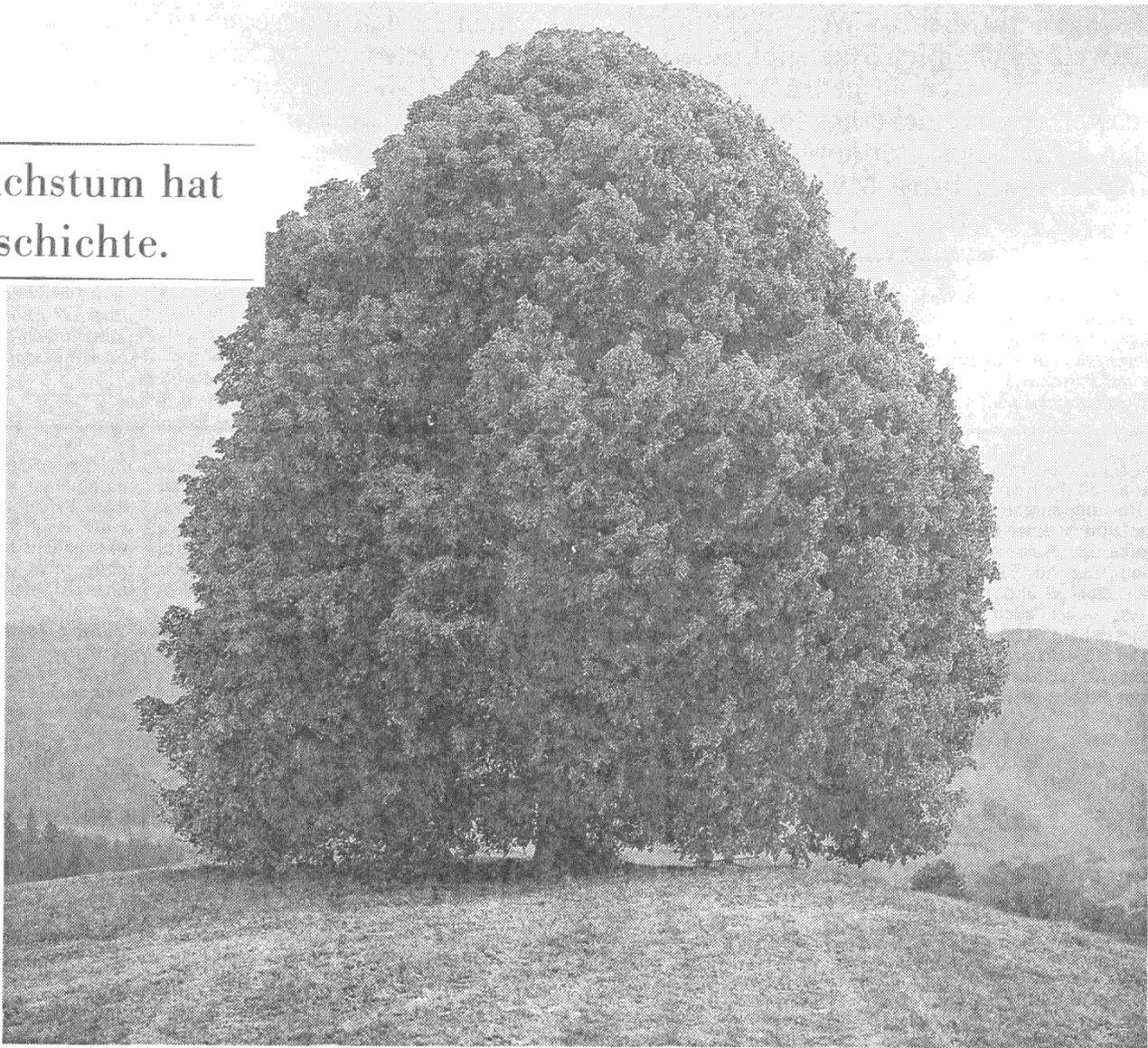
Michail Gorbatschew hat klar erkannt, dass mit der ambitiösen Zielsetzung «kommunistische Weltrevolution» der Bogen unter seinen Vorgängern eindeutig überspannt wurde. Die wirtschaftliche Krisenlage zwingt ihn zur Entspannungspolitik mit Abrüstungsbestrebungen, die unter dem Motto «Butter statt Kanonen» stehen. Den Weg von der militärischen Abrüstung zur wirtschaftlichen Aufrüstung kann er nur über eine politische Liberalisierung erreichen. Diese Wendepolitik bedeutet in der jüngeren russischen Geschichte den eindrücklichsten Markstein seit Lenin.

Wer immer wieder in der Sowjetunion weilt, erkennt deutlich, dass in der Informationspolitik (Glasnost) erstaunliche Fortschritte geschehen, während in der Mitwirkungspolitik (Perestroika) erst Anfangserfolge zu erkennen sind. Immerhin wurden beim kürzlichen Aufbau des neuen Parlaments erste Ansätze von demokratischem Wahlrecht sichtbar. Gorbatschew hat dann eine Chance, seine Politik durchzusetzen, wenn er die Abhängigkeit von den zwölf Vertretern im Politbüro so vermindern kann, dass sein Sturz durch den Obersten Sowjet erfolgen müsste. Hier ist ein Titanenkampf mit ungewissem Ausgang zwischen Reformern und Konservativen im Gange, der sich auch in den Ostblockstaaten niederschlägt, wo Ungarn und die DDR die gegensätzlichsten Positionen markieren.

Die Sowjetunion befürchtet, dass sich eine westliche Machtkonzentration bei einem Zusammenschluss von EG und Nato ergeben könnte. Aus diesen Gründen setzt sie sich für eine gemeinsame Arbeit im europäischen Wirtschaftsraum ein. Der Westen wird im Bereiche von Sicherheit, Umweltschutz, Energie, Verkehr und Entwicklungshilfe nur in Zusammenarbeit mit dem Osten zu wirksamen Konzepten kommen. Es ist darauf zu achten, dass im neuen europäischen Haus die USA nicht durch die Sowjetunion verdrängt werden.

Mit dem Abzug aus Afghanistan und den jüngsten Abrüstungsvorschlägen von Michail Gorbatschew zeigen sich Ansätze für eine Verminderung der militärischen Bedrohung. Niemand in Moskau oder Washington will aber total abrüsten. Es geht lediglich um eine Reduzierung aller Streitkräfte auf defensive Einsatzmöglichkeiten. Die Schweiz ist mit ihrer bewaffneten Neutralität Vorbild und braucht deshalb die Militärpolitik nicht zu verändern. Es sind allerdings neue Bedrohungsformen wie technologische Katastrophen oder innenpolitische Destabilisierung in die Sicherheitspolitik einzubeziehen.

Jedes Wachstum hat seine Geschichte.



vyx794928f

Andr. Steiner

Der Baum ist nicht nur im Sommer gewachsen, er hat ebenso viele Winter erlebt. Wechselhafte Bedingungen, Hochs und Tiefs; Jahre, in denen er mehr, Zeiten, in denen er weniger Früchte trug. Hätte man ihn dann gefällt, wäre er nie mehr zum Blühen gekommen.

Langfristiges Denken, Überblick, Beharrlichkeit, Analyse der Grundlagen, Pflege einzelner Zweige, Überprüfen, Ausnützen und Überbrücken klimatischer Verhältnisse sind auch im professionellen Banking Voraussetzungen.

Für die Geschichte Ihres Vermögens

BANK VONTOBEL Zürich

persönlich – professionell

Bank J. Vontobel & Co. AG,
Bahnhofstrasse 3, CH-8022 Zürich,
Schweiz, Tel. 01 488 7111.
Vontobel USA Inc.,
450 Park Avenue, New York, N.Y.
10022, USA, Tel. (212) 415-7000.

Sportvereine und der Schweizerische Landesverband für Sport (SLS)

Breitensport auf allen Altersstufen

Im Dienste der Volksgesundheit und einer sinnvollen Freizeitgestaltung soll der Breitensport auf allen Altersstufen unterstützt und gefördert werden. Dies ist eines der Postulate aus den Zielsetzungen der Arbeitsgruppe Sport der FDP der Schweiz, welches von Lilo Kennel (Balsthal SO) erläutert wird.

Weit über 90 Prozent der gesamten sportlichen Betätigung irgendwelcher Art ist dem Breitensport zuzuordnen; Freizeitvergnügen mit mehr oder weniger Trainingsaufwand, mit oder ohne Wettkampfeinsatz; oder auch nur Sport zur Erhaltung der persönlichen Fitness. Breitensport umfasst Sport für alle Altersklassen und sozialen Gruppen und ist vorzugsweise verbunden mit ungezwungener Geselligkeit. Gemeinsam aktiv sein, unter fach-

licher Betreuung in entsprechenden, gut ausgerüsteten Sportstätten, finanziell erschwinglich, verbunden mit Spiel und Spass – diese bedeutende Aufgabe erfüllt der Sportverein mit seinen unzähligen freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Was sich hier im Milizsystem abspielt, ist geradezu vorbildlich. Das Vereinsleben ist ein klassisches Übungsfeld für demokratisches Verhalten und ist als eine der Zellen unseres Staates nicht

wegzudenken. Erfreulich, dass auch Frauen vermehrt als Funktionärinnen mit Führungsanspruch einsteigen, sich dabei entfalten und nicht selten darauf den Schritt in die aktive Politik wagen.

Der Schweizerische Landesverband für Sport (SLS)

Der Sport in der Schweiz stützt sich auf zwei Säulen ab. Während die Eidgenössische Sportkommission (ESK) den staatlichen Bereich (Schule, Jugend und Sport, Sportwissenschaft usw.) betreut und dem Eidgenössischen Departement des Innern zugeordnet ist, zeichnet der SLS für den zivilen Bereich des Sportes (Vereine, Verbände) verantwortlich. Nahezu jeder dritte Schweizer ist Mit-



Lilo Kennel-Kobi, geb. 1930, Hausfrau und Sportlehrerin ETHZ, verheiratet, zwei erwachsene Kinder, ehemalige Spitzensportlerin (Teilnahme an Olympischen Spielen 1948 und 1952), Präsidentin der SLS-Kommission Frau und Sport, Präsidentin a. i. der SLS-Kommission Sport für alle, Zentralvorstandsmitglied des Schweizerischen Landesverbandes für Sport, Mitglied der Plenarkommission der Eidgenössischen Turn- und Sportkommission (ETSK), Gemeinderätin in Balsthal.

glied in einem der 28.000 Sportvereine, die in Regional- oder Kantonalverbänden organisiert sind oder direkt dem entsprechenden Fachverband angehören.

Als Dachorganisation nimmt der SLS die Interessen seiner 75 Mitgliederverbände wahr und vertritt den Schweizer Sport in nationalen und internationalen Institutionen. Oberstes Organ des SLS ist die Abgeordnetenversammlung, die den Zentralvorstand (17 Mitglieder) und den Zentralpräsidenten wählt. Die Zentralverwaltung untersteht einer Direktion und ist im Haus des Sportes, einer Stiftung der Sport-Toto-Gesellschaft und des SLS, in Bern untergebracht. Der SLS fördert den auf Erziehung, Freizeitgestaltung und Leistung orientierten Sport. Die ständigen Kommissionen sowie nach Bedarf einberufene Ausschüsse beraten den ZV in speziellen Aufgaben.

Um die Effizienz zu erhöhen und den Neuaufgaben (z. B. Sport und Umwelt) einen entsprechenden Stellenwert zu geben, wurden im vergangenen Jahr die Statuten überarbeitet und die Struktur des SLS gestrafft. Von den insgesamt 3,5 Millionen Mitgliedern aller Sportverbände der Schweiz betreiben nur etwa drei Promille Spitzensport. Deshalb ist es verständlich, dass der Breitensport ein Hauptanliegen des SLS ist. Um alle Zielgruppen zu erreichen, sind in der neu gebildeten SLS-Kommission Breitensport neben dem Ressort Sport für alle auch Beauftragte für Jugend, für Frau und Sport und für Seniorensport vertreten. Die Kommission will die Vereine durch attraktive, verbandsübergreifende Angebote verstärkt unterstützen. Eine Umstrukturierung erfuhr auch die Sportmedizinische Kommission, deren neues Ressort Gesundheit sich zukünftig vorwiegend um den Breitensport kümmern wird. Die

Kommissionen Fairplay und Medien erhielten durch die Umstrukturierung ebenfalls neue Impulse. Erweiterte Angebote entstanden auch bei den Dienstleistungen, indem die beliebten Drei-Stufen-Führungsseminare durch Marketing- und EDV-Seminare ergänzt wurden. Die zeitgemässe Weiterbildung des Vereins- und Verbandskadern soll die Rekrutierung der ehrenamtlichen Mitarbeiter des Schweizer Sports erleichtern. Durch diese gezielte Förderung des Milizsystems in Vereinen und Verbänden erfüllt der SLS eine wichtige Aufgabe für unseren Staat.

Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: Christian Kauter. Für die Kantonsseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.-, Jahresabonnement Fr. 20.-.

Spaltenstein

IMMOBILIEN AG

Unsere Dienstleistungen:

- Liegenschaften-Verwaltung und Bewirtschaftung
- Vermietung und Verkauf von Liegenschaften
- casatip: Der Service für Liegenschaftskäufer
- Bauherren-Treuhand, Projektentwicklung
- Marketing-Beratung

Immobilien-Projekte

- Nutzungskonzepte
- Städtebaulich integrierte Bauprojekte
- Reihenhäuser in Gruppen, Typ (Peikert Econom)
- Gesamtrenovierungen
- Stockwerkeigentum
- Vertragswesen

SPALTENSTEIN IMMOBILIEN AG, Siewerdstr. 8, 8050 Zürich, Tel. 01/316 13 00

Garten- und Landschaftsarchitekten Erdbauingenieure

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Positionspapier der FDP-Fraktion

EG 92 und die Schweiz

Mit Blick auf den Integrationsbericht des Bundesrates hat die Freisinnig-Demokratische Fraktion der Bundesversammlung ein Positionspapier ausgearbeitet. Dieses wird zusammen mit Referaten kompetenter Redner, die an einer diesem Thema gewidmeten Tagung der Fraktion gehalten wurden, in der nächsten Nummer der «Politischen Rundschau» publiziert. FDP-Generalsekretär Christian Kauter macht nachstehend auf dieses Heft aufmerksam.

Aussenpolitische, eingeschlossen aussenwirtschaftspolitische Fragen standen in der Schweiz bisher kaum im Zentrum der Diskussionen. Stets vermochten innenpolitische Aktivitäten die Emotionen stärker zu regen als Sensibilisierungsversuche für unsere Beziehungen mit dem Ausland. Es waren die Kämpfe gegen die differentielle Neutralität, gegen den Uno-Beitritt, welche geradezu reflexartig aus tiefster Volksseele genährt wurden.

Schon seit 40 Jahren im Gange

Obwohl der europäische Integrationsprozess seit 40 Jahren im Gange ist, hat die breite schweizerische Öffentlichkeit erst mit der Verabschiedung des Weissbuches im Jahre 1985 richtig davon Kenntnis genommen. Die damit vorgesehene Vollendung des Binnenmarktes bis 1992 hat in der Schweiz einige Unruhe, Unsicherheit und gar Angst ausgelöst. Die Befürchtung, dass die Vertiefung der EG-Integration eine verstärkte Abschottung der Gemeinschaft nach aussen nach sich ziehen und eine Spaltung des europäischen Wirtschaftsraumes bewirken könnte, lässt Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit aufhorchen. Zwar ist die Schweiz für die EG nach den USA der wichtigste Absatzmarkt. Die Gemeinschaft beabsichtigt auch nicht, die EFTA und damit die Schweiz wirtschaftlich zu diskriminieren. Indessen ist unverkennbar, dass der Abbau von Schranken im

EG-Raum zwangsläufig zu indirekter Diskriminierung führen wird.

Im Lichte solcher Perspektiven sind die Europafrage und damit auch die aussenwirtschaftlichen Verflechtungen der Schweiz mit der Welt, insbesondere mit Europa, zu einem zentralen Thema geworden. Als Folge davon haben sich unsere historisch bedingten Abwehrreflexe gegenüber dem Ausland abgeschwächt. Spürbar ist diese Entwicklung in der Absicht, Disparitäten im Bereiche der Gesetzgebung zu vermeiden, sowie in der Politik, eine aktive Annäherung an die EG anzustreben.

Schweizerische Europa-Rolle wahrnehmen

Offenheit gegenüber der Zukunft war denn auch das herausragende Merkmal der Debatte des Nationalrates zum Europabericht des Bundesrates in der Frühjahrs-session. Deutlich kam dabei zum Ausdruck, dass eine engere Zusammenarbeit mit der EG anzustreben und eine permanente Überprüfung der Lage geboten sei. Dies weist darauf hin, dass selbst eine ständige Neubeurteilung traditioneller aussen- und staatspolitischer Maximen nicht ausgeschlossen wird, auch wenn Eigenständigkeit und Neutralität unseres Landes nicht in Frage zu stellen sind. Durch eine praxisnahe, an den konkreten Erfordernissen einer wirtschaftlichen und kulturellen Öffnung orientierten

Politik bietet sich unserem Land die Chance, seine wichtige Rolle in Europa wahrzunehmen. Es ist dies gewissermassen die Grundlage, um auf die Vorschläge des EG-Kommissionspräsidenten Jacques Delors nach Neugestaltung und Intensivierung der Beziehungen EFTA-EG einzutreten.

Eine Arbeitsgruppe der Freisinnig-Demokratischen Partei, unter Leitung des damaligen Ständerates, heutigen Bundesrates Kaspar Villiger, hat sich mit dem Europabericht auseinandergesetzt. Die FDP beschränkt sich dabei nicht nur auf grundsätzliche Aussagen, sondern hat als Mitgestalter des politischen Willens in unserem Land zukunftsgerichtete, kreative Lösungsvorschläge ausgearbeitet. Sie haben ihren Niederschlag in einem Positionspapier gefunden, das an einer Fraktionssitzung behandelt und verabschiedet wurde. Die anlässlich dieser Sitzung gehaltenen Referate des Bundespräsidenten Jean-Pascal Delamuraz, Staatssekretärs Frank Blankart und des Präsidenten des Vororts, Pierre

Borgeaud, bilden Bestandteil einer «Politischen Rundschau», die in der zweiten Hälfte Juni erscheint. Sie tragen dazu bei, die vielfältige Dimension des Themas EG 92 auszuleuchten und zu vertiefen.

Herausforderung

Das Positionspapier wie auch die Referate verdeutlichen, dass der europäische Integrationsprozess wohl die grösste Herausforderung für unser Land am Ende dieses Jahrhunderts bildet. Gelingt es, die wirtschaftspolitischen und wirtschaftsrechtlichen Rahmenbedingungen europafreundlich zu gestalten, besteht für unser Land die grosse Chance, den europäischen Integrationsprozess mitzugestalten. Aus diesen Gründen ist die Erhaltung einer liberalen Wirtschaftsordnung, die auf der Eigenverantwortlichkeit der Wirtschaft und der Ordnungsfunktion des Staates basiert und nicht auf unnötigem Interventionismus, der unsere Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt, von zentraler Bedeutung.

Positive Aufnahme des Lohnvergleichsberichts durch die FDP

Nicht nur Lohn-, sondern auch Chancengleichheit

Der von einer Arbeitsgruppe des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) ausgearbeitete Bericht über die «Lohnungleichheit für Mann und Frau» hat in der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) eine weitgehend positive Aufnahme gefunden.

Dies geht aus der Stellungnahme der Partei im informellen Vernehmlassungsverfahren hervor. Die FDP plädiert dafür, dass die einzuleitenden Massnahmen nicht auf die Lohnungleichheit beschränkt werden, sondern dass diese vielmehr durch gleichzeitige Massnahmen zur Förderung der Chancengleichheit ergänzt werden.

Nach Auffassung der FDP ist der Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit ein Grundrecht. Grundrechte sind nach ihrer Ansicht nicht nur Schutzbestimmungen für die Einzelnen, sondern enthalten auch grundsätzliche Ordnungsprinzipien, für deren Durchsetzung der Gesetzgeber Vorkehren treffen muss. Statt für die Schaffung eines selbständigen Lohngleichheitsgesetzes tritt die Partei dafür ein, dass die nötigen Organisations- und Verfahrensbestimmungen in schon bestehende Gesetze und Verordnungen eingebaut werden, damit der Gleichheits-

artikel der Bundesverfassung nicht totor Buchstabe bleibt.

Nach Ansicht der FDP kann es nicht nur darum gehen, die stark ausgeprägte Aufspaltung des Arbeitsmarktes in männliche und weibliche Arbeitstätigkeiten und Verantwortungsbereiche abzubauen, die eine der Hauptquellen für die grossen Lohnunterschiede darstellt, sondern es sind vielmehr die Gründe für die bestehenden Lohn- und Chancengleichheiten in der gesellschaftlichen Situation der Frauen zu suchen. Eine Änderung der heutigen, unbefriedigenden Situation ist nach Ansicht der Partei nur dann möglich, wenn inskünftig auch der Erziehungs- und der Ausbildungsbereich einem neuen Rollenverständnis Rechnung tragen.

In ihrer Vernehmlassungsantwort trägt die FDP verschiedene konkrete Vorschläge vor. So verlangt sie die Aufhebung der Altersbeschränkung für Berufsausbildung und Stipendien, die

Eidg. Volksabstimmung vom 4. Juni

Nein

zur sogenannten Kleinbauern-Initiative, weil sie mehr verspricht, als sie erfüllen kann. Denn sie bringt keine Lösung für unsere Agrarprobleme, sondern schafft zusätzliche. Sie schützt auch nicht die Kleinbauern. Ebenso führt sie nicht zu einem naturnahen Bauern, wie sie vorgibt, sondern zu intensiver Produktion.

FDPO

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Was tut der Bundesrat gegen die Inflation?

Was tut der Bundesrat gegen die drohende Inflationsgefahr? Diese Frage stellt in einem parlamentarischen Vorstoss Nationalrat Kurt Schüle. Der Schaffhauser Freisinnige begründet ihn damit, dass der Franken zur Schwäche neigt und ein gefährliches Inflationspotential besteht.

Im weiteren will Nationalrat Schüle vom Bundesrat wissen, ob dieser sich in der Lage sieht, die restriktive Geldmengenzpolitik der Nationalbank durch eigene Massnahmen zu unterstützen. Ebenso will er Auskunft darüber, ob die Landesregierung einen direkten Zusammenhang zwischen dem sinkenden Aussenwert des Frankens und der abnehmenden Konkurrenzfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz, verbunden mit einem rückläufigen Marktanteil, sieht.

heute eine Hindernis für den Wiedereinstieg von Frauen ins Berufsleben darstellt. Ferner erwartet sie, dass das Sozialversicherungssystem besser mit dem Verfassungsgrundsatz über die gleichen Rechte für Mann und Frau in Einklang gebracht wird. Da die FDP der Eigeninitiative entscheidende Bedeutung zumisst, tritt sie dafür ein, dass private Institutionen selbst eine aktive Gleichstellungspolitik betreiben. Ebenso fordert sie die Sozialpartner zu entsprechendem Handeln auf.

Senden Sie mir bitte Exemplare (à Fr. 5.-) der «Politischen Rundschau» mit dem Positionspapier der FDP-Fraktion zum Thema «EG 92 und die Schweiz». Dieses Heft erscheint in der zweiten Hälfte des Monats Juni.

Vorname: _____

Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Talon bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern. Danke.

Die wilde Glut der Tropen. Von La Paz.



Temperamentvolle Kostbarkeiten aus sonnigen Plantagen. Von Rauheit und Reinheit der Natur zugleich. Und doch harmonisch mild. Das sind die im Aroma leicht süsslichen Wilden Cigarillos Brazil Type von La Paz. Aus echten Brasil-Tabaken, umhüllt mit einem Mata-Fina-Deckblatt aus Bahia. Und dem typischen Büschel am Brandende, das ihr wahres Inneres zeigt. So, wie die Natur sie geschaffen hat. Ohne Make-up. Und darum gut.

Klein genug für jede Gelegenheit, gross genug für wirklichen Genuss. Wilde Cigarillos Brazil Type mit dem Siegel von La Paz sind eben etwas Besonderes.

Sie werden für Geniesser gemacht, die den Unterschied erkennen.



Cigarros Autenticos.

Anmerkungen zu (unerfreulichen) Zeitereignissen

Provozierendes Ritzen am Rechtsstaat

In jüngster Zeit ist ein vermehrtes Ritzen an rechtsstaatlichen Grundsätzen festzustellen. Gerade auch von seiten gewählter Legislativ- und Exekutivmitglieder. Zu dieser unerfreulichen Entwicklung einige Anmerkungen von FDP-Nationalrat Christian Wanner (Messen SO):

Für eine funktionierende Demokratie ist rechtsstaatliches Verhalten eine unabdingbare Voraussetzung. Dieser an sich selbstverständliche Grundsatz muss für jene, die in eben dieser Demokratie eine noch grössere Verantwortung tragen, um so mehr gelten. Aus der einfachen Überlegung heraus, weil Verantwortungsträger im Staat letztlich Treuhänder sind und vor dem Volk dafür verantwortlich, ob Verfassung und Gesetz, die es sich selber gegeben hat, auch eingehalten werden. Zudem sollten sie, wenn es die Umstände erfordern, Änderungen auf Verfassungs- und Gesetzesstufe vorschlagen und, soweit nötig, dem Volk vorlegen. Ihre Aufgabe ist somit eine doppelte: dafür zu sorgen, dass geltendes Recht eingehalten und, wenn nötig, neues geschaffen wird. Alles andere widerspricht jenem Auftrag, den die vom Volk Gewählten zu erfüllen haben.

Bedenklich . . .

Jüngste Ereignisse mahnen in dieser Hinsicht, dass solche Grundsätze nicht mehr überall zum Nennwert genommen werden. Bedenklich wird es insbesondere, wenn der Basler Regierungspräsident Remo Gysin sich auf diesen staatspolitisch gefährlichen Pfad begibt. Dass er dabei die innerhalb eines Regierungskollegiums geltende Solidarität verlässt, ist für mich eine eher innerbaslerische Angelegenheit. Bedenklich und unannehmbar ist hingegen die Kritik am Rechtsstaat, wenn dieser sich anschiebt, einen verfassungsmässigen Auftrag zu erfüllen, indem er garantierte Rechte von Mitbürgerinnen und Mitbürgern schützt. Richtig ist deshalb die Feststellung von alt

Regierungsrat Dr. Lukas Burckhardt, wenn er Gysin entgegenhält, sein Verhalten provoziere geradezu die nächste Runde der Gewalt. Eine für einen Regierungspräsidenten wenig schmeichelhafte Aussage. Dabei kann es sich kaum um einen harmlosen Ausrutscher handeln. Regierungspräsident Gysin muss mit Sicherheit genau wissen, welcher Stellenwert solchen Äusserungen über die Stadt Basel hinaus zukommt.

. . . und gefährlich

In ähnliche Richtung gehen Meinungen, wie sie unlängst von kirchlichen und anderen in der Asylfrage engagierten Kreisen zu vernehmen waren. Das offensichtliche Bekenntnis zum Kirchenasyl für definitiv abgewiesene Asylbewerber nützt am wenigsten jenen Verfolgten, deren definitive Aufnahme in unserem Land auch in Zukunft eine Selbstverständlichkeit bedeutet. Die Gewährung des Kirchenasyls ist rechtlich nicht haltbar und führt zu einer unnötigen Polarisierung in einer innenpolitisch heiklen Frage. Letztlich könnte es so weit kommen, dass nicht mehr in erster Linie Bundesrat und Parlament den Kurs in der Asylpolitik bestimmen, sondern jene Kreise, die die Ausländerfeindlichkeit auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Wer will das schon? Kaum jene, die sich für Flüchtlinge einsetzen. Aber auch der Bundesrat und das Parlament nicht, für die eine humane Flüchtlingspolitik unumgänglich ist. Nützen würde eine solche Entwicklung der Nationalen Aktion und der Auto-partei. Darum auch hier die Frage: Wer will das schon?

zung im Erwerbsalter am Arbeitsmarkt ab, in Aufschwungphasen wieder zu.

Wohl zu Recht weist die Untersuchung darauf hin, dass in diesem Zusammenhang eine auf die Arbeitsmarktlage stark reagierende Erwerbsbeteiligung der Frauen in der Schweiz von grosser Bedeutung ist. Diese Feststellung wird je nach Standpunkt unterschiedliche Bewertungen hervorrufen. Dem Leser der Studie drängt sich indessen die Vermutung auf, dass ein eher dem traditionellen Familienbild verpflichtetes, aber dennoch flexibles Erwerbsverhalten durchaus seine arbeitsmarktlichen Vorteile haben kann.

Von speziellem Interesse erscheinen die Hinweise über unterschiedliche Wirkungen des Systems der Arbeitslosenversicherung. Die schweizerischen Verdienstauffällenschädigungen sind zwar höher, jedoch mit einer aktiveren Missbrauchskontrolle gekoppelt, was zu einer besseren Arbeitsbereitschaft führt.

Das schweizerische «Geheimnis»

Zuhanden der deutschen Leser wird zusammenfassend konstatiert, dass das «Geheimnis» der Vollbeschäftigung in der Schweiz nicht etwa in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liege, sondern in der erfolgreichen Vermeidung einer Unterbeschäftigung. Für den ganzen Zeitraum der

Unterstützung und Kritik

FDP-Stellungnahme zur neuen Finanzordnung

Unterstützung und Kritik finden die Vorentscheide des Bundesrates für eine neue Finanzordnung bei der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP). Die Partei begrüsst insbesondere die Modernisierung und Vereinfachung der Wust, die Beseitigung der Taxe occulte, die Aufhebung der Satzstaffelung, die Einführung des Normalsatzes für das Baugewerbe sowie die Energie-wust.

Befriedigt ist die Partei insbesondere auch über den Verzicht auf eine generelle Energieabgabe zur Konsumlenkung. Nicht einverstanden ist die Partei mit dem beantragten Verzicht auf die Befristung der Steuern in der Bundesverfassung, der Einführung eines Zuschlages zur Umsatzsteuer zur Finanzierung der AHV auf Vorrat sowie der vorgesehenen Be-

steuerung der Produktionsenergie. Insgesamt wird – wenn man die im Rahmen der laufenden Revision der direkten Bundessteuer vorgesehenen Entlastungen mitberücksichtigt – ein Schritt in die richtige Richtung gemacht bezüglich Verbesserung des Verhältnisses zwischen indirekten und direkten Steuern.

Keine Unterstützung findet der Bundesrat bei der FDP sowohl materiell wie auch in bezug auf das zeitliche Vorgehen mit seinen Vorschlägen zur Revision der Stempelsteuergesetzgebung. Die Partei verlangt, dass diese Revision für den Finanzplatz Schweiz echte Verbesserungen bringt und die Konkurrenzfähigkeit nicht weiter schwächt. Sie tritt zudem dafür ein, dass diese Vorlage unabhängig und rasch dem Parlament zugeleitet wird.

Untersuchung von 1973 bis 1986 wird die tiefere Arbeitslosenquote mit einer «vorausschauenderen» Ausländerpolitik, einer aktiveren Missbrauchs-bekämpfung in der Arbeitslosenversicherung, einer grösseren Bereitschaft der ansässigen Wohnbevölkerung zum Erwerbsverzicht bei Beschäftigungseinbrüchen und einem langsame-

ren technischen Modernisierungsprozess erklärt. Damit werden Faktoren kompensiert, die für die Schweiz eher ungünstigere Voraussetzungen schaffen, wie insbesondere das in der Beobachtungsperiode festzustellende schwächere Wirtschaftswachstum oder der höhere Lohnkostendruck. GPD

Arbeitslosenquote in der Schweiz und der BRD

Ein bemerkenswerter Vergleich

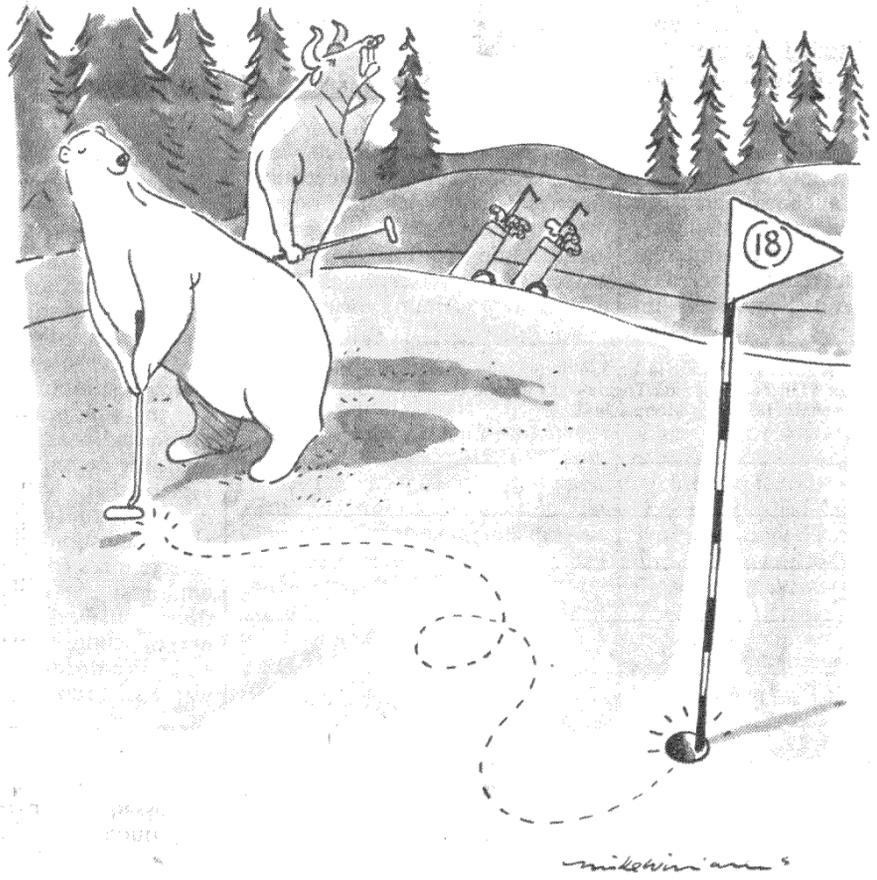
«Warum hat die Schweiz (fast) keine Arbeitslosigkeit?» Unter diesem Titel publizierte kürzlich das Forschungsinstitut für Wirtschafts- und Sozialpolitik in Zug eine vergleichende Studie über die Verhältnisse in Deutschland und der Schweiz. Dr. Balz Horber, stellvertretender Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, fasst die Studie zusammen und kommentiert sie:

Die Untersuchung soll auch eine Antwort auf die Frage liefern, weshalb, trotz einer ganzen Reihe vergleichbarer Faktoren, die Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik anstieg und auf einem relativ hohen Niveau verharrt, während sie in der Schweiz praktisch zu vernachlässigen ist. Die Fragestellung ist besonders interessant, weil in den sechziger Jahren bis zum ersten Ölpreisschock beide Länder eine fast identisch geringe Arbeitslosigkeit kannten und die Arbeitslosenquoten erst im darauffolgenden Zeitraum begannen, sich zum Nachteil Deutschlands auseinanderzuentwickeln.

Deutliche Unterschiede

Deutlich zeigen sich Unterschiede zwischen den Ländern vor allem, wenn die Reaktionen auf die beiden Beschäftigungseinbrüche 1974/76 und 1981/84 betrachtet werden. Im Laufe der ersten

Rezession konnte der bedeutend stärkere Beschäftigungsrückgang in der Schweiz durch eine bedeutend grössere Abnahme der Erwerbsbevölkerung fast vollständig aufgefangen werden. Ein wesentlicher Teil dieser Entwicklung kann mit den aus der Schweiz abgewanderten und nicht mehr ersetzten ausländischen Arbeitskräften erklärt werden. Beim zweiten Beschäftigungseinbruch jedoch war die bessere Anpassung des schweizerischen Arbeitskräfteangebots an eine schwächere Nachfrage kaum mehr auf Ausgleichswirkungen der Ausländerbeschäftigung zurückzuführen. Dennoch diagnostiziert die Studie für unser Land eine wesentlich grössere Flexibilität des Arbeitskräfteangebots angesichts von Konjunkturschwankungen. In Zeiten schwacher Nachfrage nach Arbeitskräften nimmt die Beteiligung der schweizerischen Wohnbevölke-



Zielen allein reicht nicht. Man muß auch treffen.

Es gibt viele Wege, sein Vermögen anzulegen. Der profitabelste ist der beste. Man muß ihn nur kennen. Mit dem erfahrenen Beratungsteam der renommierten Bank Julius Bär zur Seite verfügen Sie über Experten, die – auf einer fast 100jährigen Tradition fussend – als Vermögensberater privater und institutioneller Kunden höchst treffsicher arbeiten. Sie bieten Ihnen die aussichtsreichsten konservativen, aber dennoch innovativen Konzepte an.

Bank Julius Bär: Unser individueller Service ist so leicht nicht zu überbieten.

JB^{co}B

BANK JULIUS BÄR

For the Fine Art of Swiss Banking

Zürich, Bahnhofstrasse 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 51 11
Genf · London · New York · San Francisco · Los Angeles · Mexiko City · Hongkong · Tokio